

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 27.02.2009, 14:30 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebir, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer, Dr. Weber

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Floherschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Jannasch (CDU), Lohse (CDU), Sawalies (FDP), Prof. Dr. Simon (CDU) sowie die Stadträte Biver, Hertlein, Reinhard, Dr. Sewering-Wollanek

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 14:35 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Besonders begrüßt werden die neuen Stadtverordneten Astrid Kolter und Dr. Michael Weber (Marburger Linke), die für die ausgeschiedenen Stadtverordneten Eva Gottschaldt und Peter Metz im Februar in die Stadtverordnetenversammlung nachgedrückt sind. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht viel Freude bei der Ausübung des Mandates zum Wohle der Universitätsstadt Marburg und für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Januar 2009 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Der Stadtverordnete Stompfe weist darauf hin, dass bei den als entschuldigt aufgeführten Stadtverordneten formuliert werden muss "Prof. Dr. Simon (CDU)".

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

1. **Dringlicher Antrag der MBL-Fraktion betr. Diskussion über Marburg Mitte, insbesondere Brauereigelände und Stadthalle**

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

In der anschließenden Abstimmung unterstützt die MBL-Fraktion die Dringlichkeit.

Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

2. **Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkehrsführung Gutenbergstraße**

Der Stadtverordnete Dr. Weber (Marburger Linke) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich.

Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Meyer (SPD).

Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

In der anschließenden Abstimmung unterstützt die Fraktion der Marburger Linken die Dringlichkeit.

Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

3. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Problemfeld Marburg Mitte

Der Stadtverordnete Stompfe begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich.

Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Severin (SPD).

Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und MBL die Dringlichkeit.

Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Alle Dringlichen Anträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen.

Sonstige Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 1 2/2009) Vorlage: VO/0106/2009

Wie viele Personen mit einem Wohnberechtigungsschein und besonderem Raumbedarf können vom Fachdienst Wohnungswesen derzeit nicht in angepasste, barrierefreie Wohnungen vermittelt werden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Derzeit sind bei dem Fachdienst Wohnungswesen 18 Personen mit Wohnberechtigungsschein und besonderem Raumbedarf gemeldet.

Dieser Personenkreis ist bei uns gesondert erfasst, um bei Freiwerden einer

geeigneten Wohnung sofort helfen zu können.

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 2 2/2009)
Vorlage: VO/0134/2009**

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob an Marburger Schulen relativ kostengünstige, wenig aufwendige Maßnahmen zur Lärmreduktion in Klassenräumen bestehen, z. B. Filzunterlagen unter Tischen und Stühlen, schwere Vorhänge und großflächige schallabsorbierende Wand- und Deckenverkleidungen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

In Schulen sind sowohl Störgeräusche als auch zu lange Nachhallzeiten in Klassenräumen nicht wünschenswert. Einzelne Klassenräume, in denen besonders ungünstige akustische Bedingungen vorherrschten, wurden nach entsprechenden Hinweisen aus den Schulen durch das Einbringen einer abgehängten Akustikdecke entscheidend verbessert.

Grundsätzlich sind der FD Hochbau und der FD Schule bemüht, bei allen anstehenden Maßnahmen auch auf die Qualität der Akustik in den Klassenräumen zu achten.

Auf Wunsch der Schule, die immer Einfluss auf die Art und Ausführung des für sie beschafften Schulmobiars hat, können Schülerstühle und -tische mit Filzgleitern ausgestattet werden. Dadurch kann die Entstehung von Lärm bzw. Störgeräuschen zu einem kleinen Teil verringert werden.

Gardinen können von den Schulen im Rahmen ihrer Schulbudgets selbst angeschafft werden. Dabei sind die Brandschutzanforderungen zu beachten.

Besondere Anstrengungen werden im Hinblick auf Räume unternommen, in denen hörbehinderte Schüler/innen unterrichtet werden. Beispielsweise wurde ein Klassenraum in der Richtsberg-Gesamtschule, in dem zwei hörgeschädigte Kinder unterrichtet werden, mit einer Akustikwandverkleidung ausgestattet.

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 3 2/2009)
Vorlage: VO/0107/2009**

Ist die Fahrplanänderung am 14.12.2008 Linie 5 nach einer vorherigen Fahrgastbefragung erfolgt? Insbesondere wegen der Begründung: „Die Anbindung des Stadtwaldes erfolgt, der Nachfrage angepasst, nur sonntags“. Ist dabei berücksichtigt, dass nach Umbau der ehemaligen Kaserne

- **zwei Schulen entstanden sind**
- **zwei Behindertenwohnungen entstanden sind?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Vor der Fahrplanänderung ist keine gesonderte Fahrgastbefragung durchgeführt

worden. Die Beobachtung der Auslastung der Linie 5 zwischen den Haltestellen „Soldatengraben“ und „Platz der weißen Rose“ hat ergeben, dass allenfalls während der Spitzenzeiten eine adäquate Nutzung der Linie erfolgte. Dies kann auch mit den Ergebnissen der Verkehrserhebung 2008 gestützt werden. Die Bedienung der Schulen kann, da sie gegen die normale Lastrichtung erfolgt, mit dem Angebot auf der Linie 8 abgedeckt werden. Den Bedürfnissen von zwei Behindertenwohnungen kann mit dem Einsatz von Niederflurfahrzeugen entsprochen werden.

zu 4.4 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 4 2/2009)**
Vorlage: VO/0132/2009

Sind dem Magistrat die Fallstudien zu dem Einsatz von „Dynamischem Licht“ in Schulen bekannt und ist bei den anstehenden erheblichen Schulinvestitionen deren Umsetzung vorgesehen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Fallstudien zur der Thematik sind dem Magistrat bekannt. Bei den anstehenden Investitionen im Schulbau ist nicht geplant aus Kostengründen (höhere Anschaffungs- und Energiekosten) und auf Grund fehlender Langzeitstudien dieses System einzusetzen.

Seit mehreren Jahren werden bereits bei Beleuchtungsmaßnahmen in städtischen Gebäuden energieeinsparende und Tageslicht abhängige Systeme eingebaut.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Aab (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.5 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 5 2/2009)**
Vorlage: VO/0133/2009

Ist dem Magistrat bekannt, dass die Vereine DOIZ, Hadara, Christus Treff und Boxclub am Richtsberg immer noch keine Briefkästen haben? Da hier nur ehrenamtlich Tätige arbeiten, ist zu den üblichen Geschäftszeiten nur selten jemand anwesend, so dass die Post nicht in Empfang genommen werden kann. Welche Hilfe kann der Magistrat gewähren, damit endlich Briefkästen installiert werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat hat zu der Frage eine Stellungnahme von Netzwerk Richtsberg e.V. eingeholt:

„Netzwerk Richtsberg e.V. ist gegründet worden, um für die Anmietung von Räumen für die Vereine

Deutsch-Osteuropäisches Integrationszentrum (DOIZ)
Marburger Islamischer Kulturverein Hadara
Christustreff

1 BC Marburg (Boxtreff am Richtsberg)

einen rechtsfähigen Partner zu haben, der als Zwischenvermieter zwischen den Vereinen und dem Vermieter Edeka auftreten kann. Mit Edeka konnte ein sehr günstiger Mietzins unter der Voraussetzung verhandelt werden, dass nur der Bestand gemietet wird und keine weiteren Investitionen von Edeka getätigt werden müssen. So ist Edeka auch nicht für die Installation eines Briefkastens zuständig.

Zwischen Netzwerk Richtsberg e.V. und den vier Vereinen wurde besprochen und es wird auch seit der Gründung so gehandelt, dass je die Hälfte der notwendigen Finanzmittel für Miete, Ausstattung etc. von Netzwerk Richtsberg e.V. bzw. aus städtischen Mitteln und die andere Hälfte aus Eigenmitteln der Vereine zu tragen ist. Damit wird vermieden, dass Unnötiges angeschafft wird und das angeschaffte Nötige pfleglich behandelt wird.

Bezüglich "Briefkasten" ist es noch zu keiner Einigung der vier Vereine untereinander gekommen. Vor dem Hintergrund einer erheblichen Summe für einen außerhalb des Gebäudes vandalismus- und einbruchssicher anzubringenden Briefkasten meinte die Mehrheit der Vereine, dass, da sowieso nahezu alle Post an die einzelnen Vereine bzw. Vereinsvorsitzenden direkt gesandt wird, ein Briefkasten nicht nötig sei.

Selbstverständlich kann die Stadt Marburg einen Briefkasten für die Vereine finanzieren, sah dies aber bisher als Mieter des ersten Stocks als nicht notwendig an.

Netzwerk Richtsberg e.V. betrachtet einen Briefkasten als wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig.

Christian Meineke
Geschäftsführer Netzwerk Richtsberg e.V."

Der Stellungnahme schließt sich der Magistrat an.

zu 4.6 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 6 2/2009)**
Vorlage: VO/0108/2009

Ist der Magistrat der Universitätsstadt Marburg der Auffassung, dass eine ordnungspolitische Parkraumregelung in Marburg durch eine kostenlose Parkscheibenregelung genauso gut geregelt werden kann, wie durch eine kostenpflichtige Parkuhrenregelung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nein.

zu 4.7 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 7 2/2009)**
Vorlage: VO/0109/2009

Wie kann es sein, dass der Investor der neu zu erbauenden Studentenappartements auf dem ehemaligen Mummenthaler-Gelände Appartements plus Stellplatz anbietet, obwohl dort nur Bewohner ohne Autos zugelassen sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit Baugenehmigung vom 19.12.2008 wurde die Errichtung von 3 Wohnappartementhäusern mit integriertem zweigeschossigem Parkdeck genehmigt. Für die insgesamt 143 Wohnappartements hatte die Bauherrin ursprünglich den kompletten Stellplatznachweis erbracht, also jedem Appartement Stellplätze zugeordnet. In Verhandlungen mit der Bauherrin konnte erreicht werden, dass 56 Wohneinheiten ohne Pkw-Stellplätze errichtet werden. Dies ermöglicht eine Reduzierung der Freiflächenversiegelungen und führt zu geringerem Pkw-Verkehr in dem Gelände. Für die verbleibenden 87 Wohnappartements wurden die Pkw-Stellplätze auf dem Baugrundstück planmäßig nachgewiesen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

**zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 8 2/2009)
Vorlage: VO/0110/2009**

Hat der Magistrat Erkenntnisse über den Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an den Marburger Schulen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Um die Deutsch-Förderstunden verteilen zu können, erhebt das Staatliche Schulamt in den Grundschulen, den Haupt- und Realschulen, den Förderschulen und der Gesamtschule die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

In den o. g. Schulen beträgt dieser Anteil im laufenden Schuljahr im Durchschnitt 18,8 %. Eine Aufstellung über die Zahlen der einzelnen Schulen durch das Staatliche Schulamt liegt im FD Schule vor. (siehe Anlage)

Für die Bereiche der Gymnasien und beruflichen Schulen liegt kein Zahlenmaterial vor, da für diese Schulen keine entsprechenden Förderstunden erteilt werden.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

Ab 15:24 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.

**zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 9 2/2009)
Vorlage: VO/0111/2009**

Der Magistrat möge beantworten, wann die durch Bauarbeiten entstandenen sehr großen Schlaglöcher Auf dem Höhenweg wieder geschlossen werden.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Bauarbeiten am Höhenweg wurden auf Grund eines Wasserrohrbruchs erforderlich. Die Zuständigkeit für die Baumaßnahme liegt bei den Stadtwerken Marburg. Die beauftragte Baufirma hat die Aufbruchstelle auf Einwirken von FD 66 mittlerweile mit Kaltasphalt niveaugleich verschlossen. Eine fachgerechte Wiederherstellung mit Heißasphalt kann erst bei geeigneter Witterung erfolgen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

**zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 10 2/2009)
Vorlage: VO/0112/2009**

Es ist für alle Marburger Bürger ersichtlich, dass der starke Frost der letzten Monate erhebliche Schäden an den Marburger Straßen angerichtet hat. Wann ist vom Magistrat eine Prioritätenliste zu erwarten, wann er welche Straßen saniert?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Frostschäden entstehen praktisch in jedem Winter. Zur Beseitigung von Frostschäden in Straßen wird bei Schlaglöchern der DBM eingesetzt, bei größeren Schäden werden externe Firmen beauftragt. Hierzu vergibt der Fachdienst Tiefbau jedes Jahr einen Rahmenvertrag für die Dauer eines Jahres. In diesem Rahmen werden einzelne Reparaturmaßnahmen nach Bedarf abgewickelt. Im laufenden Vertrag können noch bis Ende März 2009 Aufträge für Reparaturen vergeben werden. Bis dahin wird eine neue Ausschreibung vorbereitet, so dass spätestens bis Mai 2009 wieder ein neuer Jahresvertrag geschlossen werden kann.

Es ist beabsichtigt, im laufenden Jahr mehr Geld für die Beseitigung der Straßenschäden zur Verfügung zu stellen, damit der diesjährige Mehrbedarf abgedeckt werden kann. Die Auftragsvolumina für die Reparatur der Fahrbahnen werden um 100.000 € und für die Reparatur der Gehwege um 50.000 € erhöht, so dass insgesamt für die Beseitigung von größeren Frostschäden 550.000 € zur Verfügung stehen.

Eine Prioritätenliste wird durch den Fachdienst Tiefbau erstellt, es ist jedoch davon auszugehen, dass nach Abschluss der Frostperiode noch einmal in konzentrierter Form Schäden auftreten, die ebenfalls noch berücksichtigt werden müssen. Die Straßenschäden werden vom Fachdienst Tiefbau in eigener Verantwortung repariert.

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 11

2/2009)

Vorlage: VO/0113/2009

Laut Bericht der OP wurde am 24. Januar einem Polizisten in Marburg Mitte durch einen Schlag eines Minderjährigen die Nase zertrümmert. War der Magistrat zum Zeitpunkt der Stadtverordnetensitzung am 30. Januar über diesen Vorfall informiert?

Wenn ja, warum wurde die Stadtverordnetenversammlung nicht unterrichtet, die an diesem Tag schwerpunktmäßig über die Probleme in Marburg Mitte diskutierte?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat war über diesen Vorfall nicht informiert.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.12 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 12 2/2009)**
Vorlage: VO/0114/2009

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf bestätigte am 06. Februar 2009 die Entscheidung, die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2004 - 2008 in getrennten Verfahren für die Aufgabenträger Stadt Marburg und Landkreis Marburg-Biedenkopf durchzuführen. Welche Gründe führten zu diesem getrennten Verfahren und wie beurteilt der Magistrat das Vorgehen des Landkreises?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach dem hessischen ÖPNV-Gesetz haben die Aufgabenträger des ÖPNV die Aufgabe, Nahverkehrspläne aufzustellen. Diese Aufstellung kann gemeinsam mit anderen benachbarten Aufgabenträgern erfolgen, muss jedoch nicht. Die lokale Nahverkehrsgesellschaft der Universitätsstadt Marburg hat im Jahre 2008 die Erarbeitung eines neuen Nahverkehrsplans beauftragt und der Kreisverwaltung die gemeinsame Erarbeitung angeboten.

Bei der Erarbeitung der Nahverkehrspläne von Stadt und Kreis erfolgt eine enge Abstimmung, um Probleme an den Schnittstellen möglichst zu vermeiden. Der Magistrat erwartet aus diesem getrennten Verfahren keine Nachteile für die Fahrgäste des ÖPNV.

zu 4.13 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 13 2/2009)**
Vorlage: VO/0116/2009

In einigen Städten und Gemeinden des Landkreises wird intensiv darüber nachgedacht, die lokalen Stromnetze in die Hand der Kommunen zu überführen. Wird der Magistrat der Stadt Marburg die Kommunen bei diesem Vorhaben unterstützen können und welche Rolle könnte dabei Stadtwerke GmbH übernehmen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat begrüßt eine solche Entwicklung und unterstützt sie durch das Engagement der Marburger Stadtwerke, die in diesem Prozess als regional verwurzelte Alternative zu bisherigen Netzbetreibern ihr wirtschaftliches und technisches Know-how den interessierten Städten und Gemeinden bereits angeboten haben.

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 14 2/2009)

Vorlage: VO/0117/2009

Wie hoch waren bisher die Kosten für die Einwohner/innen Befragung im Rahmen des Sportentwicklungsplanes und wie hoch werden die Gesamtkosten der Fragebogenaktion für die Stadt inklusive Auswertung und eventueller Preise geschätzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Haushaltsplan 2009 sind dafür 40.000,00 € eingestellt. Ob diese Summe ausgeschöpft wird, lässt sich im Moment noch nicht vorhersagen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 15 2/2009)

Vorlage: VO/0118/2009

In der Oberhessischen Presse vom 7. Februar werden Studierendenappartements „Campus Marburg“ (Erlenring 13) mit dem Hinweis „zzgl. Stellplatz“ angeboten. Auf wie viele Stellplätze bezieht sich das Angebot?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit Baugenehmigung vom 19.12.2008 wurde die Errichtung von 3 Wohnappartementshäusern mit integriertem zweigeschossigem Parkdeck genehmigt. Von den insgesamt 143 Wohnappartements werden 56 Wohneinheiten ohne Pkw-Stellplätze errichtet. Für die verbleibenden 87 Wohnappartements wurden die Pkw-Stellplätze auf dem Baugrundstück nachgewiesen, so dass einschl. der Stellplätze für die Kindertagesstätte 98 Stellplätze errichtet werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 16 2/2009)

Vorlage: VO/0119/2009

Wie sind die Eigentumsverhältnisse des Treppenaufgangs/Hanges beim Gebäudekomplex Am Ziegenberg 8 in Marbach (ehemals öffentlicher Zugang zum Europabad) bzw. wer ist dort für die Reinigung zuständig?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei dem Treppenweg, der den Wendehammer der Straße Am Ziegenberg mit dem Ginsterweg verbindet, handelt es sich um eine öffentliche Verkehrsfläche, die im Eigentum der Stadt Marburg steht. Der oberhalb des Weges angrenzende Hang befindet sich zu einem Teil ebenfalls im Eigentum der Stadt Marburg und zum anderen Teil in Privateigentum.

Nach den Vorschriften der Straßenreinigungssatzung sind die Anliegerinnen und Anlieger des Weges zur Reinigung und zum Winterdienst verpflichtet. Aufgrund der nicht eindeutig zu erkennenden Grundstücksgrenzen wurde zwischen den Anliegern eine Vereinbarung über die Durchführung der Anliegerpflichten abgeschlossen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.17 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 17 2/2009)**
Vorlage: VO/0120/2009

Wann hat der OB gemeinsame Gespräche mit dem Studentenwerk, mit Anwohnern und Einzelhändlern über das Problem Marburg Mitte geführt, wie in der STVV am 30.01.2009 öffentlich erklärt wurde?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister hat Ende 2008 mehrmals mit Einzelhändlern, vor allem den Geschäftsführern der Märkte Rewe und Tegut gesprochen. Da er sich immer wieder einen Eindruck von der Situation vor Ort verschafft hat, sprach er auch mit Jugendlichen, mit Polizeibeamten, mit Mitarbeitern des Ordnungsamtes.

Gespräche haben der OB und Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des Fachbereichs 3 auch mit Vertretern des Studentenwerks geführt.

Im Auftrag des OB hat der Leiter des Fachbereichs 3 im Oktober 2008 an der Gesprächsrunde teilgenommen, die Anlieger von Marburg-Mitte organisiert hatten.

Der Fachbereich 3 ist auch regelmäßig im Gespräch mit der Polizei.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.18 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 18 2/2009)**
Vorlage: VO/0121/2009

Wurden bei der Renovierung der Fassade der Astrid-Lindgren-Schule in der

zweiten Jahreshälfte 2008 Arbeitskräfte in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen eingesetzt und falls ja: worin bestand die Zusätzlichkeit der Maßnahme und wie wurde sie finanziert?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Ja, durch Beschäftigte der Praxis GmbH (2. Arbeitsmarkt) für Abdichtungs- und Maurerarbeiten von Block A (Verwaltungstrakt).

Bei den durchgeführten Arbeiten lag keine Zusätzlichkeit vor, es waren vorgesehene notwendige Sanierungsarbeiten. Den Auftrag hätten auch andere Firmen ausführen können.

Die Kosten für die geleisteten Arbeiten wurden aus dem Vermögenshaushalt Haushaltsstelle 21102.941000, Erneuerungsmaßnahmen Astrid-Lindgren-Schule, gezahlt.

Zur Unterstützung des 2. Arbeitsmarktes werden regelmäßig kleinere Aufträge für Abbruch-, Maurer- Landschafts- und Anstricharbeiten erteilt.

Der Einsatz von Arbeitskräften in Arbeitsgelegenheiten bei solchen Aufträgen ist nach Angaben der Beschäftigungsträger (z. B. Praxis GmbH, Integral etc.) zwingend erforderlich, um Qualifizierung und Fortbildung zu ermöglichen. Dadurch erhalten die arbeitslosen Menschen die Möglichkeit, sich arbeitsmarktnah zu qualifizieren bzw. fortzubilden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Kolter (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 19 2/2009)
Vorlage: VO/0122/2009**

Welchem Zweck dienen die Baumaßnahmen zwischen Universitätsbibliothek und Stadtautobahn?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bei den Baumaßnahmen zwischen der Universitätsbibliothek und der Stadtautobahn handelt es sich um unterirdische Leitungsarbeiten, für deren Durchführung das Hessische Baumanagement zuständig ist. Für die diesbezüglich erfolgte Entfernung des Bewuchses (Hecken, bzw. Sträucher, etc.) wurde vom Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur die erforderliche Genehmigung erteilt.

Ursache der Arbeiten war ein Kanalrohrbruch, der nur durch Arbeiten an offener Baustelle behoben werden konnte.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Kolter (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

In diesem Zusammenhang hat die Stadtverordnete Kolter angeregt, eine Abgrenzung zur Autobahn erstellen zu lassen, damit Kinder nicht mehr vom Grundstück auf die Straße laufen können.

zu 4.20 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 20 2/2009)**
Vorlage: VO/0123/2009

In welchem Jahr und Monat beginnt der behindertengerechte Umbau des Hauptbahnhofes?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Dezember 2007 war der Stadt Marburg ein Baubeginn für das 4. Quartal 2008 angekündigt worden. Telefonische Rückfragen wurden bisher nicht mit einem konkreten neuen Termin für einen Baubeginn beantwortet.

zu 4.21 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 21 2/2009)**
Vorlage: VO/0124/2009

Wie beurteilt der Magistrat die Tatsache, dass in der von ihm geförderten Reihe „Grimm & Co. - Marburg im Literaturland Hessen 2009“ auch die Schriftstellerin Ina Seidel gewürdigt wird, die im Oktober 1933 - nach den Bücherverbrennungen - die Übernahme der Macht durch Adolf Hitler mit ihrer Unterschrift zu einem Treuegelöbnis begrüßte und im Biographisch-Bibliographischen Kirchenlexikon als „eine Wegbereiterin der völkisch-ideologischen Anschauung des Nationalsozialismus“ bezeichnet wird?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

In der Programmbroschüre „Grimm & Co. - Marburg im Literaturland Hessen“ wurde auf Seite 33 als ein Programmpunkt die Veranstaltung am 14. Juni „Drei Städte meiner Jugend“ und „Geliebtes Marburg“ - Erinnerung an Ina Seidel - Lesung mit Anna Rheinsberg und Marita Metz-Becker aus den Werken von Ina Seidel und Lisa de Boor aufgenommen.

Diese Lesung des „Haus der Romantik“, unterstützt vom Gleichberechtigungsreferat der Universitätsstadt Marburg, thematisiert die Marburg-Erlebnisse von Ina Seidel (1895-97, Renthof 37). Ina Seidel wurde bislang unwidersprochen auch in kritischen Stadtführern wie dem Marbuch als eine der wenigen Literaten/innen von Rang aufgeführt, die in Marburg lebten.

Wie sich für die Organisatorinnen und den Fachdienst Kultur bedauerlicherweise erst jetzt u. a. durch diese Kleine Anfrage herausstellte, hat Ina Seidel (1885-1974) tatsächlich Adolf Hitler und den Nationalsozialismus sehr befürwortet.

Laut Internet-Enzyklopädie Wikipedia beteiligte sie sich am Führerkult um Adolf Hitler <http://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Hitler> mit ihrem Gedicht Lichtdom, das in den Zeilen gipfelt: „Hier stehn wir alle einig um den Einen, und dieser Eine ist des Volkes Herz“. 1944, in der Endphase des Zweiten Weltkriegs <http://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Weltkrieg>, wurde Seidel laut Wikipedia von Hitler persönlich auf der Gottbegnadetenliste <<http://de.wikipedia.org/wiki/Gottbegnadetenliste>> (Sonderliste) unter den sechs wichtigsten zeitgenössischen deutschen Schriftstellern genannt.

Nach 1945 wurde Ina Seidel vielfältig geehrt, u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz 1954, der Mitgliedschaft in der Akademie der Künste in Berlin/West (1955), dem Großen Kunstpreis des Landes Nordrhein-Westfalen (1958) und der Ehrenbürgerwürde der Stadt Starnberg (1970).

Es wird in nächster Zeit vom Fachdienst Kultur mit den Organisatorinnen der Veranstaltung diskutiert werden müssen, wie diese höchst problematische Rolle von Ina Seidel angemessen dargestellt werden kann.

Um 15:49 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

**zu 4.22 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 22 2/2009)
Vorlage: VO/0135/2009**

Gibt es irgendeine Absprache zwischen dem Oberbürgermeister und der Polizei Marburg, dass gewisse Vorkommnisse bzw. Überfälle in Marburg-Mitte nicht der Öffentlichkeit gemeldet werden sollen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nein.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.23 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr. 23 2/2009)
Vorlage: VO/0136/2009**

Wie ist der aktuelle Sachstand des Bauvorhabens Am Grün (neben der ehemaligen Volksbank), trifft es zu dass dort eine siebenstöckige Bebauung geplant ist und wie beurteilt der Magistrat dies im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Marburger Stadtbild?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für das Vorhaben "Am Grün" liegen modifizierte Pläne vor, die sowohl die Geschossflächen als auch die Höhenentwicklung des Gebäudes reduzieren.

Das Gebäude hat 4 Vollgeschosse und ein Staffelgeschoss zur Wohnnutzung zzgl. ein Erschließungsgeschoss (Erdgeschoss) für Zufahrt, Stellplätze und Eingangsbereich.

Die geplante Firstlinie des Gebäudes bleibt deutlich unterhalb der des ehemaligen Volksbankgebäudes.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Oppermann (CDU), Becker (SPD) und Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 24 2/2009)
Vorlage: VO/0126/2009**

Wurde das Ensemble "Stadthalle, Kirche St. Peter und Pauls zusammen mit dem Hörsaalgebäude und dem dazwischen liegenden Platz" von der Unteren Denkmalschutzbehörde unter Denkmalschutz gestellt?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel in Vertretung des Bürgermeisters:

In der Biegenstraße stehen zwischen der Wolffstraße und der Savignystraße das Ernst-von-Hülse-Haus, die Martin-Luther-Schule, die Peter-und-Paul-Kirche, das Hörsaalgebäude sowie das Universitätsverwaltungsgebäude (Biegenstraße 10) als Einzeldenkmale unter Denkmalschutz. Die Stadthalle ist weder als Einzeldenkmal noch als Bestandteil eines Ensembles denkmalgeschützt. Sie ist jedoch von Denkmälern umgeben. Daher sind Veränderungen an der Stadthalle in jedem Fall denkmalrechtlich relevant.

**zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 25 2/2009)
Vorlage: VO/0127/2009**

Wird bei der Restaurierung der Stadthalle die Untere Denkmalschutzbehörde mit einbezogen und wird gewährleistet, dass die äußere Fassade der Stadthalle im Sinn der Architektur der 60er erhalten bleibt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zunächst ist festzustellen, dass der Magistrat die Untere Denkmalschutzbehörde ist.

Für die Erneuerung der Stadthalle ist gemeinsam mit der Planung für die Erweiterung der Martin-Luther-Schule vom Magistrat ein europaweit ausgelobtes Wettbewerbsverfahren durchgeführt worden. Die Planungen für die Stadthalle sind bereits mehrfach im Denkmalbeirat vorgestellt worden. Sowohl die Erweiterung für die Martin-Luther-Schule als auch die Planungen für die Erneuerung der Stadthalle sind so konzipiert worden, dass der in diesem Bereich der Biegenstraße vorherrschende Stil der klassischen Moderne seinen Niederschlag gefunden hat. Selbstverständlich wird bei der Weiterentwicklung der Planung bis hin zur Festlegung von Ausführungsdetails eine Abstimmung mit dem Denkmalbeirat, dem Landesamt für Denkmalpflege sowie den Mitarbeitern des Magistrats, die für Denkmalschutzfragen zuständig sind, verfolgt.

**zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 26 2/2009)
Vorlage: VO/0128/2009**

Welche Maßnahmen sind für 2009 und 2010 im Programm Soziale Stadt geplant und wie ist der Stand des Bewilligungsverfahrens Soziale Stadt für die Stadtteile Stadtwald und Waldtal?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die entsprechenden Planungsgespräche und Informationsveranstaltungen in den Standorten haben bereits 2008 stattgefunden. Aufgrund der längeren Krankheit eines Mitarbeiters konnten die Unterlagen für die Beschlussfassung des Antrages im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung noch nicht komplett zusammengestellt werden.

Im September 2008 hat das Land Hessen mitgeteilt, dass erst ab dem Jahr 2011 Neuanträge zur Aufnahme in das „Soziale-Stadt-Programm“ bearbeitet werden.

Maßnahmen dieses Programms, die im Bereich Richtsberg 2009 und 2010 geplant sind, sind dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 25.04.2008 und dem Magistratsprotokoll vom 07.04.2008 zu entnehmen.

zu 4.27 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 27 2/2009)**
Vorlage: VO/0129/2009

In den letzten Monaten standen häufiger schwerbehinderte und ältere Menschen sowie Eltern mit Kinderwagen vor dem defekten Aufzug des Ortenbergstegs. An wie vielen Tagen war der Aufzug teilweise oder ganztägig außer Betrieb und welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, um dies den Menschen, die vom Ortenbergsteg aus den Steg passieren wollen, vor Betreten des Steges mitzuteilen (z. B. Schild: Aufzug defekt)?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nachdem der Ortenbergsteg mit der Photovoltaikanlage überdacht wurde, sind keine Störungen mehr aufgrund von eindringendem Wasser aufgetreten. Nach wie vor sind jedoch in letzter Zeit gehäuft Ausfälle durch Vandalismus zu beklagen, so dass der Aufzugsbetrieb bis zu mehreren Tagen ausgesetzt werden musste.

Das Problem von schwerbehinderten und mobilitätseingeschränkten Menschen, wenn sie vor dem defekten Aufzug stehen, ist dem Magistrat bekannt. Deshalb hat der Magistrat bereits im November 2006 beschlossen eine elektronische Ausfallanzeige in Richtung Schützenstraße aufzustellen, sofern noch genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Diese Anzeige soll im Laufe der nächsten Monate an der Treppe Richtung Schützenstraße errichtet werden. Da sich die Zeiten und die Dauer von Ausfällen nicht vorhersehen lassen, wird veranlasst, dass bis zur Installation der Ausfallanzeige ein provisorisches Schild im Bereich der Einmündung Schützstraße/Am Ortenbergsteg auf den defekten Aufzug hinweist.

Weiterhin ist der Magistrat bemüht die Vandalismusschäden einzudämmen, indem am Aufzug robustere Bauteile eingebaut und eine Videoüberwachung installiert werden.

**zu 4.28 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 28 2/2009)
Vorlage: VO/0137/2009**

Welchen (finanziellen, technischen, personellen) Aufwand würde es erfordern, bei der 50 % Nachtbeleuchtung den Status der ein- bzw. ausgeschalteten Straßenlampen zu tauschen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Umstellung der Straßenbeleuchtung, im Wechsel von halbnächtiger auf ganznächtiger Schaltung, sollte in der Regel nur in einem ganzen Straßenverlauf durchgeführt werden. Die derzeitige eingerichtete Schaltfolge wurde in Absprache mit dem Tiefbauamt unter Berücksichtigung von Kriterien wie Straßenkreuzungen, Straßenverlauf, Fußwege und Treppen festgelegt.

Eine Umstellung wäre im Einzelfall in der Örtlichkeit mit dem Tiefbauamt neu festzulegen.

Bei der Umstellung der Schaltfolge der Straßenbeleuchtung eines Straßenverlaufes ist mit einem Aufwand von ca. 250,00 € zu rechnen. Zusätzliche kämen Kosten hinzu für die Anpassung der Verkehrszeichen oder weiterer Tiefbaumaßnahmen.

zu 5 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter des 6. Kinder- und Jugendparlaments der Universitätsstadt Marburg, die heute wiederum Gelegenheit haben, einen Überblick über ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr vorzutragen.

Der Vorsitzende des Kinder- und Jugendparlamentes Simon Rommelspacher führt in einigen einleitenden Worten in den Jahresbericht ein. Die Berichte aus den einzelnen Arbeitsgruppen werden durch die KiJuPa-Mitglieder Jona Hartmann, Svenja Michel und Anna Charis gegeben. Folgende Stichworte kennzeichnen die einzelnen Arbeitsbereiche:

Demokratietraining, Lesefest, Deutsch-Französische Wissenschaftskarawane, Umfrage zu Schulwegen, Vernetzung mit anderen Organisationen wie dem KiJuPa des Landkreises und dem KiJuPa der Stadt Offenbach, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen und Plakate, Homepagegestaltung, AG Radio, Sommerfest und Berlinfahrt

Auch Simon Rommelspacher als Vorsitzender geht nochmals auf die Tätigkeitsfelder ein und gibt einen Ausblick auf die neue Wahlperiode. Ferner bestätigt er die gute Zusammenarbeit mit der Presse, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung.

Abschließend wird mittels eines Beamers noch eine Bilddokumentation vorgeführt.

Nach den verschiedenen Vorträgen dankt der Stadtverordnetenvorsteher im Namen des gesamten Hauses für die erfolgreiche Arbeit des Marburger Kinder-

und Jugendparlaments und weist auf die Einmaligkeit des Berichts in der Stadtverordnetenversammlung im Lande Hessen hin.

Wie in den vergangenen Jahren lädt der Stadtverordnetenvorsteher den Vorstand des KiJuPa zu einem Pizzaessen ein.

zu 6

Marburger Ortsrecht
hier: XII. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0722/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Stadtverordnete Becker (SPD) den Antrag gestellt, die vorgeschlagene Änderung des Paragraphen 3, Absatz 3 dahingehend zu ändern, dass die Amöneburger Straße nicht dem Stadtteil Richtsberg zugeordnet wird. Diesem Änderungsantrag hat der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich zugestimmt. Zur Vorlage selbst empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung in der geänderten Fassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte XII. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg wird mit der Maßgabe beschlossen, dass die Amöneburger Straße nicht dem Stadtteil Richtsberg zugeordnet wird.

zu 7

Besetzung des Ortsgerichts Marburg I (Kernstadt und Gisselberg)
Vorlage: VO/0020/2009

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU).

Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten.

Für das Ortsgericht sind zwei Ortsgerichtsschöffen und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers und ein Ortsgerichtsschöffe zu wählen.

Folgende Wahlvorschläge lagen dem Wahlvorbereitungsausschuss heute vor:

Ortsgerichtsschöffe und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers

CDU-Fraktion
Herrn Dr. Reimer Wulff, wh. von-Harnack-Str. 17, 35039 Marburg,

SPD-Fraktion
Herrn Hans-Jürgen Schäfer, wh. Biegenstraße 48, 35037 Marburg

Ortsgerichtsschöffe

CDU-Fraktion

Herrn Lothar Frank, wh. Hahnengasse 2, 35039 Marburg.

Im Wahlvorbereitungsausschuss wurde eine geheime Abstimmung nicht beantragt. Somit empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss einstimmig, die Wahlen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge offen durch Handzeichen durchzuführen.

Weitere Wahlvorschläge werden auch aus den Reihen der Stadtverordneten nicht vorgetragen. Der offenen Abstimmung durch Handzeichen wird nicht widersprochen.

Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die zu besetzenden Positionen offen durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten jeweils folgende Beschlüsse:

Herr Dr. Reimer Wulff, wh. von-Harnack-Str. 17, 35039 Marburg wird zum Ortsgerichtsschöffen und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers gewählt.

Herrn Hans-Jürgen Schäfer, wh. Biegenstraße 48, 35037 Marburg wird zum Ortsgerichtsschöffen und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers gewählt.

Herrn Lothar Frank, wh. Hahnengasse 2, 35039 Marburg. wird zum Ortsgerichtsschöffen gewählt.

**zu 8 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des Fachdienstes Bäder für das Jahr 2008
Vorlage: VO/0027/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Carlo-Mierendorff-Straße 15, 35398 Gießen, wird als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 für den Fachdienst Städtische Bäder bestellt.

**zu 9 Frauenförderplan der Stadtverwaltung Marburg
Vorlage: VO/0059/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Frauenförderplan.

Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel. Die Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) regt an, die nächste Vorlage zum Frauenförderplan auch im Sozialausschuss zu beraten. Dagegen wird nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte Frauenförderplan der Stadtverwaltung für die Jahre 2009 bis 2014 wird beschlossen.

**zu 10 Wirtschaftsplan 2009 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0073/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linken, mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügte Wirtschaftsplan 2009 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

**zu 11 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0074/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltungen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2007 wird mit einer Bilanzsumme i. H. v. 10.971.409,54 EUR festgestellt. Der erzielte Jahresüberschuss i. H. v. 443.839,62 EUR wird mit den bestehenden Verlustvorträgen verrechnet.**
- 2. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

**zu 12 Übernahme einer Bürgschaft für die GeWoBau
hier: 41.000 € für das Solarstromprojekt
Vorlage: VO/0078/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 114k Abs. 2 i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) bis zur Höhe von 41.000 €.

Die Bürgschaft dient zur Sicherung der Einlagen der Privatanleger im Photovoltaik-Projekt 2008.

Für die Bürgschaft hat die GeWoBau eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

zu 13 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 14 Anträge der Fraktionen

**zu 14.1 Antrag der MBL-Fraktion betr. Feldweg Michelbach - Wehrda
Vorlage: VO/0788/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Im Ältestenrat wurde die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angemeldet. Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Ludwig (MBL), Pfalz (CDU) und Aab (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der MBL und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 14.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bauvorhaben am Erlenring
Vorlage: VO/0899/2008**

Die Vorlage wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt **14.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 7/3, 1. + 2. Änderung**

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft zunächst die Ausschussberichte auf.

Zum Tagesordnungspunkt 14.2

berichtet für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften hat die Fraktion Marburger Linke erklärt, dass sie diesem Antrag der CDU-Fraktion beitrifft. Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung bei Stimmengleichheit den Antrag nicht anzunehmen.

Aussprache wurde beantragt.

Zum Tagesordnungspunkt 14.4

berichtet ebenfalls für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt zu diesem Antrag die Ablehnung.

Aussprache wurde ebenfalls beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen Oberbürgermeister Vaupel sowie die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Sell (SPD) und erneut Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über beide Vorlage getrennt abstimmen.

Zu TOP 14.2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 14.4:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 14.3

**Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Landesgartenschau
Vorlage: VO/0009/2009**

Der Antrag im Umweltausschuss bis auf weiteres zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage bis auf weiteres zurück.

**zu 14.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 7/3, 1. + 2. Änderung
Vorlage: VO/0010/2009**

Die Vorlage wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 14.2.

**zu 14.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beschlusskontrolle
Vorlage: VO/0023/2009**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Die Antragsteller haben die Vorlage zurückgestellt bis zur März-Sitzung des Ausschusses.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur März-Sitzung.

**zu 14.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Projekt "offener Anfang" der RGS
Vorlage: VO/0030/2009**

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Die Antragsteller haben den Antrag anschließend zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. Frühstück im Projekt "offener Anfang" der RGS
Vorlage: VO/0056/2009**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde anschließen zurückgestellt bis zur Sitzung im März.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur März-Sitzung.

**zu 14.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Halle für die Otto-Ubbelohde-Schule
Vorlage: VO/0057/2009**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher an Hand der Niederschrift. Im Schul- und Kulturausschuss hat die CDU-Fraktion den Antrag in der Form abgeändert, dass das Wort "Turnhalle" durch den Begriff "Mehrzweckhalle" ersetzt wird. Nach der Diskussion im Schul- und Kulturausschuss sind die Fraktionen der FDP und Marburger Linken dem Antrag beigetreten.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung jedoch die Ablehnung der Vorlage.
Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Dr. Röder (CDU), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Schäfer (Marburger Linke), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Becker (SPD), Stompfe (CDU), Oberbürgermeister Vaupel, Pfalz (CDU) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Anschließend stellt der Stadtverordnete Dr. Weber (Marburger Linke) den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung zu unterbrechen, um die im Zuschauerbereich anwesende Schulleiterin der Otto-Ubbelohde-Schule zum Sachverhalt anzuhören. Gegen diesen Vorschlag spricht der Stadtverordnete Becker (SPD).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Dr. Weber abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung wird abgelehnt.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Tagesordnungspunkt selbst abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 14.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Zufahrt zum Parkhaus aus südlicher Richtung
Vorlage: VO/0058/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Nach der Diskussion im Umweltausschuss ist der Antragstext wie folgt geändert worden:

Der Magistrat wird gebeten, bis zum Sommer die Planung einer Zufahrtsmöglichkeit zum Parkhaus Pilgrimstein aus südlicher Richtung in Abstimmung mit der Universität vorzulegen.

Dieser Antragsfassung sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beigetreten. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlage.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dem geänderten Beschlusstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, bis zum Sommer die Planung einer Zufahrtsmöglichkeit zum Parkhaus Pilgrimstein aus südlicher Richtung in Abstimmung mit der Universität vorzulegen.

**zu 14.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bauentwicklung in den Marburger Stadtteilen
Vorlage: VO/0067/2009**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Die Antragsteller haben die Vorlage jedoch zurückgestellt bis zur März-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur März-Sitzung.

**zu 14.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schutz der historischen Altstadt
Vorlage: VO/0068/2009**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Die Antragsteller haben die Vorlage jedoch zurückgestellt bis zur März-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur März-Sitzung.

**zu 14.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommunale Umsetzung des Konjunkturpakets II
Vorlage: VO/0082/2009**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Anschließend haben die Antragsteller den Antrag zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 15 Kenntnisnahmen

**zu 15.1 Spiel- und Aufenthaltsorte in der Oberstadt
hier: Kornmarkt, Textauswahl und Erstellung der Bronzebücher
Vorlage: VO/0872/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 15.2 Haushalt 2009
hier: Überplanmäßige Ausgabe / Funktionsgebäude BSF Richtsberg im
Georg-Gaßmann-Stadion
Vorlage: VO/0071/2009**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:24 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen